

Inhalt

- | | |
|------|--|
| 2-5 | Im Blickpunkt <ul style="list-style-type: none"> • Energiepolitik • Kinderbetreuung • Klimaanpassung • Empfang zum 60. Geburtstag von Dr. Stephan Articus |
| 6-10 | Forum <ul style="list-style-type: none"> • Starke Kommunalfinanzen für eine starke Gesellschaft
Von Dr. Stephan Articus • Reportage: Wie Chemnitz sich dem demografischen Wandel stellt
Von Jörg Biallas • Städtische Energien – wie Bürger Stadt entwickeln
Von Oda Scheibelhuber |
| 12 | Aus den Städten |
| 13 | Fachinformationen |
| 14 | Personalien |
| 16 | Termine |

Konferenz der Mitgliedsstädte 2012: Energiepolitik und Kinderbetreuung

Fragen zur Energiepolitik und zum weiteren Ausbau der Kinderbetreuung standen im Mittelpunkt der Konferenz der Mitgliedsstädte des Deutschen Städtetages 2012. Rund 100 Kommunalpolitiker aus dem gesamten Bundesgebiet trafen sich Ende September in Berlin im Alten Stadthaus.

Vor dem Hintergrund der Energiewende und der zunehmenden Bedeutung der dezentralen Energieversorgung beriet der kommunale Spitzenverband aktuelle Positionen der Städte zur Energiepolitik. Dazu war Bundesumweltminister Peter Altmaier als Redner zu Gast. Der Präsident des Deutschen Städtetages, der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude begrüßte die Bereitschaft des Umweltministers, sich auf den Dialog mit den Kommunen einzulassen und die Absicht, die dezentrale Energieerzeugung und -verteilung zu stärken. Ude bekräftigte die Bereitschaft der Kommunen, aktiv an der Energiewende mitzuwirken. Er betonte die Erwartung der Kommunen nach einem „Drehbuch“ für die Energiewende, um eine Planungsgrundlage für strategische Entscheidungen der Kommunen und ihrer Unternehmen zu haben. Er forderte verbesserte Rahmenbedingungen zum Beispiel für die Übernahme lokaler Stromnetze.

Bundesumweltminister Peter Altmaier machte in seiner Rede die Strategie einer technologieoffenen Entwicklung deutlich, da heute noch nicht klar sei, welche Speicher- und Produktionsmöglichkeiten langfristig erfolgreich sein werden. Altmaier betonte aber auch die Aufgabe der Politik, Rahmenbedingungen als „Leitplanken“ zu erarbeiten. Er warnte vor einem zu schnellen Ausbau der Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen und plädierte für einen zeitlich und inhaltlich mit allen Bundesländern abgestimmten Ausbau von Transport und Speicherkapazitäten als Voraussetzung für den Erfolg der Energiewende. Er appellierte an die Kommunen, ihrer Vorbildrolle auch beim Thema Energieeffizienz gerecht zu werden und kündigte eine Offensive für Energieberatung für private Haushalte an.

Oberbürgermeister Helmut Himmelsbach aus Heilbronn stellte als stellvertretender Städtetagspräsident das Zwischenergebnis einer Arbeitsgruppe im Deutschen Städtetag zum Ausbau der Kinderbetreuung vor: Das Platzangebot für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren habe sich in den westdeutschen Flächenländern seit 2006 mehr als verdoppelt. Und die Städte wollten ihre Anstrengungen fortsetzen. Allerdings werde sich die Lücke für die Erfüllung des Rechtsanspruchs bis zum August 2013 voraussichtlich nicht überall schließen lassen. (Siehe auch Seiten 2 und 3).

Kinderbetreuung: Deutscher Städtetag regt Teilung von Ganztagsplätzen an und fordert Initiativen gegen Erzieherinnenmangel

Die deutschen Städte setzen alles daran, den Ausbau der Kinderbetreuung für Kinder unter drei Jahren weiter voranzubringen. Sie streben dazu auch neue Wege an, zum Beispiel ein Platzsharing, bei dem Plätze geteilt werden, wenn Eltern nur eine Teilzeitbetreuung für ihre Kinder benötigen. Trotz aller Anstrengungen sieht der Deutsche Städtetag den im August 2013 in Kraft tretenden Rechtsanspruch aber noch lange nicht überall als gesichert an.

Der stellvertretende Präsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Helmut Himmelsbach aus Heilbronn, sagte nach einer Konferenz der Mitgliedsstädte des kommunalen Spitzenverbandes heute in Berlin: „Die Städte konzentrieren sich mit ganzer Kraft darauf, in den nächsten Monaten möglichst viele weitere Plätze zu schaffen, sowohl in Kindertagesstätten als auch in der Tagespflege. Wir haben in den vergangenen Jahren sehr viel erreicht, seit 2006 hat sich das Platzangebot in den westlichen Kommunen mehr als verdoppelt. Vor allem in großen Städten liegt der Bedarf jedoch deutlich über dem bundesweiten Durchschnittswert von 39 Prozent. Die noch bestehende Lücke für die Erfüllung des Rechtsanspruchs wird daher wahrscheinlich nicht überall rechtzeitig geschlossen werden können.“ Potential für eine Verkleinerung der Lücke sieht der Deutsche Städtetag zum Beispiel im Platzsharing. Die bestehenden Betreuungsangebote sollten daraufhin überprüft werden, wie weit sie ausgelastet sind. Himmelsbach: „Viele Eltern wünschen sich für ihre Kinder lediglich eine Teilzeitbetreuung, vielfach werden aber Ganztagsplätze angeboten. Diese könnten sich Kinder teilen, so dass der Platz mehreren zugute kommt und ein höherer Bedarf gedeckt werden kann. Hier sollten die Länder, in denen es Hürden gibt, flexibler sein und ein Platzsharing zulassen bzw. fördern.“

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, der ebenfalls dem Präsidium des Deutschen

Städtetages angehört, sprach den nach wie vor bestehenden Mangel an Erzieherinnen und Erziehern an: „Unser Ziel ist es, dass möglichst jedes Kind einen Kitaplatz findet und ihn auch nutzt. Gemeinsame Erziehung ist wichtig für die spätere Chancengleichheit im Bildungssystem. Das bedeutet dann aber auch, dass der Ausbau der Kindertagesstätten weiter gehen wird und wir deshalb in Zukunft noch einmal deutlich mehr Erzieherinnen und Erzieher brauchen als bisher. Deshalb müssen die Ausbildungskapazitäten ausgebaut aber auch die Anstrengungen forciert werden, Menschen mit Berufserfahrung für die Erziehungsaufgabe zu gewinnen.“ Gespräche zwischen Bund, Ländern und Kommunen dienten dazu, hier besser voranzukommen.

Zur Finanzierung der Betreuungsangebote erinnerte Wowereit daran, dass der Bund den Ländern im Juni im Zuge der Fiskalpaktverhandlungen eine Erhöhung der Bundesmittel für den investiven Ausbau der Betreuung um 580 Millionen Euro zugesagt hatte. Diese Mittel seien auch notwendig, weil der Bedarf sich inzwischen nach Meldungen aus den Ländern nicht mehr auf 750.000, sondern auf 780.000 Plätze belaufe.

Wowereit appellierte an den Bund, die Auszahlungsfristen für die Mittel zu verlängern: „Wir erwarten vom Bund, dass diese Förderung nicht nur kurzfristig abgerufen werden kann. Denn es muss eine reelle Chance bestehen, die neuen Mittel tatsächlich in allen Ländern auch für den Kitausbau einzusetzen.“

Der Deutsche Städtetag kritisierte anlässlich seiner Konferenz der Mitgliedsstädte allerdings, dass in einigen Ländern die schon früher bereitgestellten Mittel des Bundes für Betriebskosten noch nicht in vollem Umfang an die Kommunen weitergeleitet würden. Darüber hinaus kämen auch nicht alle Länder ihren eigenen Finanzierungspflichten gegenüber den Kommunen nach.

Weitere Fachinformationen sowie Berichte aus den Gremien sind für Mitglieder des Deutschen Städtetages abrufbar im Extranet des Deutschen Städtetages unter <http://extranet.staedtetag.de>

Städte engagieren sich für Energiewende – Masterplan und Gesetzesanpassungen nötig

Die Städte unterstützten die im Sommer 2011 beschlossene Energiewende nachdrücklich. Dafür engagieren sich Städte und kommunale Energieunternehmen (Stadtwerke) mit innovativen Konzepten und mit einem ganzen Bündel erfolgversprechender Projekte. Für eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende sind nach Auffassung des Deutschen Städtetages die rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verbessern. So muss Kommunen und kommunalen Unternehmen zum Beispiel die Übernahme lokaler Stromnetze erleichtert werden. Außerdem plädieren die Städte für eine Aufstockung des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms auf 5 Milliarden Euro sowie für einen Masterplan zur Umsetzung der Energiewende.

Nach einer Konferenz der Mitgliedsstädte des Deutschen Städtetages in Berlin erklärte der Präsident des Deutschen Städtetages, der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude: „Städte und Stadtwerke sind wichtige Akteure der Energiewende. Sie engagieren sich massiv beim Aufbau und dem Ausbau einer klimafreundlichen, dezentralen Energieerzeugung, bei Erwerb und Modernisierung von Leitungsnetzen und bei der Einsparung von Energie, etwa durch die Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung oder durch die Gebäudesanierung. Damit Kommunen und städtische Unternehmen mit ihren Klimaschutzmaßnahmen erfolgreich sein können, müssen Bund und Länder die rechtlichen Vorgaben verbessern. Außerdem erwarten die Städte, dass der Bund gemeinsam mit Ländern und Kommunen einen Masterplan entwickelt, um die Energiewende zielgerichteter umzusetzen.“

Die Energieerzeugung und die Versorgung mit Energie erfolgt immer häufiger dezentral und mittels erneuerbarer Energien. An diesem klimafreundlichen Umbau der Energiewirtschaft sind Städte und kommunale Unternehmen intensiv beteiligt. „Kommunale Energieversorgungsunternehmen investieren derzeit mehrere Milliarden Euro in klimafreundliche und effiziente Strom- und Wärmeerzeugung. Vielerorts sind dafür äußerst leistungsfähige regionale und überregionale Kooperationen kommunaler Unternehmen entstanden, die Vorbildcharakter haben“, so Ude.

Damit die Städte mit ihrer klimafreundlichen Energieerzeugung langfristigen Erfolg haben können, ist

allerdings eine erleichterte Übernahme der Verteilnetze notwendig. „Kommunen und kommunalen Unternehmen muss in den laufenden Beratungen zur Neufassung des Energiewirtschaftsgesetzes die Übernahme lokaler Stromnetze erleichtert werden. Es sollte zum gesetzlich verbrieften Recht der Städte gehören, die Stromversorgung lokal und in der Region zu übernehmen, wenn das wirtschaftlich ist und zum Schutz des Klimas sinnvoll erscheint“, sagte Präsident Ude. Dazu gehört für den Deutschen Städtetag auch eine Anpassung der Gemeindeordnungen in manchen Ländern, damit kommunale Unternehmen gleichberechtigte Wettbewerbschancen am Markt haben.

Der Deutsche Städtetag unterstützt das transparente Konsultationsverfahren für den Netzausbau, den Netzbau auf Übertragungsnetzebene und die Entwicklung eines Netzentwicklungsplanes Strom. Ude: „Wer den beschleunigten Netzausbau will, muss dafür Akzeptanz vor Ort zu schaffen. Bund und Länder sind deshalb gut beraten, die Städte sowie sämtliche vom Netzausbau Betroffenen eng, frühzeitig und fortwährend in die Prozesse des Netzausbaus einzubinden.“

Die Sanierung von Gebäuden ist nach Einschätzung des Deutschen Städtetages ein weiterer, zentraler Ansatz, um Energie einzusparen. Die Mehrzahl klimafreundlicher Sanierungen betrifft aber inzwischen Wohngebäude im Besitz von Einzeleigentümern, die damit teilweise finanziell überfordert sind. Der Deutsche Städtetag fordert deshalb eine deutliche Aufstockung der Mittel für das „KfW-CO₂-Gebäudesanierungsprogramm“ von derzeit 1,5 Milliarden Euro auf jährlich 5 Milliarden Euro.

Zu dem seit Monaten zwischen Bund und Ländern strittigen Gesetzentwurf zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden sagte der Städtetagspräsident: „Die energetische Gebäudesanierung kann nicht nur mit Blick auf das Einsparpotential betrachtet werden. Sie muss auch bezahlbar bleiben – für die Mieter ebenso wie für die Vermieter. Um zielgerichtet und nach regionalen und quartiersbezogenen Erfordernissen fördern zu können, sind direkte Investitionen über das KfW-CO₂-Gebäudesanierungsprogramm sinnvoller als steuerliche Abschreibungsregelungen nach dem Gießkannenprinzip.“

Erfolgreiches diplomatisches Wirken – Empfang zum 60. Geburtstag von Hauptgeschäftsführer Dr. Stephan Articus



Hauptgeschäftsführer Dr. Stephan Articus (v. l.) nimmt beim Empfang zu seinem 60. Geburtstag zusammen mit seiner Frau Dietlind Articus Geburtstagsglückwünsche von Städtetagspräsident Christian Ude entgegen.

Oberbürgermeister aus dem Präsidium, Ehrenmitglieder, Repräsentanten aus Politik und Verbänden sowie Kolleginnen und Kollegen gratulierten Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Dr. Stephan Articus, während eines Empfangs in der Berliner Hauptgeschäftsstelle. Präsident Christian Ude würdigte in seiner Laudatio das diplomatische Wirken des Geschäftsführenden Präsidialmitglieds, das zum Durchsetzen kommunaler Anliegen beispielsweise bei der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, dem Erhalt der Gewerbesteuer und der Entlas-

tung von Sozialausgaben führte. Er betonte, einmütige Ergebnisse innerhalb der kommunalen Familie seien das größte Pfund gegenüber Bund und Ländern.

Dr. Articus betonte in seinen Dankesworten die Bedeutung von Sachlichkeit, guten Argumenten und parteiübergreifender Verständigung für die erfolgreiche Arbeit des kommunalen Spitzenverbandes. Als große Aufgaben für die Zukunft nannte er, die Überschuldung öffentlicher Haushalte abzubauen sowie Chancengleichheit und Integration in den Städten zu fördern.

Weitere Beschlüsse des Präsidiums in Berlin

- Bundesmeldegesetz
- Umsetzung des Fiskalpakts
- Nationale Strategie für Alphabetisierung und Grundbildung
- Weiterentwicklung der haushaltsnahen Wertstoffeffassung (Wertstofftonne)

Diese und weitere Beschlüsse sind abrufbar in der Rubrik „Presse-Ecke“, „Beschlüsse“ unter www.staedtetag.de.

Zusätzliche Informationen für Mitglieder des Deutschen Städtetages stehen in einzelnen Fachbereichen im Extranet unter <http://extranet.staedtetag.de>.

Deutscher Städtetag: Klimawandel verändert Städte – Anpassungen sind umfangreich, aber notwendig

Die Städte stehen durch den Klimawandel vor großen Herausforderungen. Sie halten einen besseren Schutz der Bevölkerung vor Hitze und anderen Risiken in Folge des Klimawandels für nötig. Der Deutsche Städtetag hat ein Positionspapier mit Empfehlungen an die Städte veröffentlicht.

Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Dr. Stephan Articus, erklärte dazu: „Die unmittelbaren Folgen des Klimawandels wie Extremtemperaturen, Starkregen, Dürreperioden und Stürme führen in Zukunft in den Städten zu höheren gesundheitlichen Risiken für die Menschen. Hitzetage und Tropennächte belasten vor allem alte Menschen, chronisch Kranke und Kinder. Außerdem ist mit deutlich mehr Schäden zu rechnen, etwa an städtischen Gebäuden, an Straßen oder in Parkanlagen. Das zwingt die Städte schon jetzt zum Handeln – trotz knapper Kassen.“

Schon jetzt leisten viele Städte einen wichtigen Beitrag um die klimaschädlichen CO₂-Emissionen zu verringern, zum Beispiel durch den Einsatz erneuerbarer Energien und Energieeinsparung, durch energetische Gebäudesanierung oder mit der Förderung umweltfreundlicher Verkehrsträger. Der Klimawandel lässt sich damit jedoch allenfalls verlangsamen. „Parallel zu den vielerorts erfolgreichen Klimaschutzmaßnahmen müssen die Bemühungen der Städte künftig noch stärker darauf zielen, die Folgen des Klimawandels zu minimieren. Dafür ist ein ganzes Bündel von Maßnahmen erforderlich“, so Articus. Dazu zählen beispielsweise die Weiterentwicklung des Katastrophenschutzes, die stärkere Berücksichtigung des Klimawandels

bei der Stadtplanung und bei der städtischen Gesundheitsvorsorge. „Um ältere Menschen bei lang anhaltenden Hitzewellen wirklich zu erreichen, helfen beispielsweise Netzwerke ambulanter Versorgung“, sagte Articus.

Für Stadtplaner wiederum wird es nach Einschätzung des Städtetages wichtiger, neben einer immer dichteren Wohnbebauung in Großstädten gleichzeitig für so genannte Kaltluftschneisen, Freiflächen und neue Grünachsen zu sorgen. Nur sie ermöglichen einen ausreichenden Luftaustausch und verhindern damit überhitzte städtische Bereiche, so genannte „Wärmeinseln“. Weiterer Anpassungsbedarf besteht beim Hochwasserschutz, bei der Erweiterung städtischer Kanalnetze für Starkregen, bei der Begrünung von versiegelten Flächen und Dächern oder bei der Erneuerung des Straßen- und Wegenetzes beispielsweise mit helleren, weniger Wärme speichernden Belägen.

Um die Vielzahl der notwendigen Einzelmaßnahmen zu koordinieren, empfiehlt der Deutsche Städtetag seinen Mitgliedsstädten eine Koordinierungsstelle. Sie kann sämtliche beteiligten Akteure in der Stadt einbinden und den Anpassungsprozess ganzheitlich koordinieren. Articus weiter: „Die erforderlichen zusätzlichen Investitionen können die Städte allein nicht aufbringen. Für einen wirksamen Klimaschutz und für eine aktive Schadensbegrenzung müssen Bund und Länder die Städte noch stärker finanziell unterstützen.“ Das Positionspapier des Deutschen Städtetages zum Klimawandel steht als Download im Internet bereit unter www.staedtetag.de.

Konzessionsverträge – Handlungsoptionen für Kommunen und Stadtwerke

Die Informationsbroschüre „Konzessionsverträge – Handlungsoptionen für Kommunen und Stadtwerke“ wurde erstmals 2009 herausgegeben und hat sich als wichtiger Orientierungsrahmen für kommunale Unternehmen und Entscheidungsträger der Kommunalpolitik etabliert. Im Mittelpunkt der Neuauflage stehen die aktuellen energiepolitischen Rahmenbedingungen, netzwirtschaftliche Effekte sowie Entwicklungsmöglichkeiten für bestehende und neu gegründete Stadtwerke. Zahlreiche Gast- und Praxisbeiträge skizzieren die Erfahrungen, die Kommunen und kommunale Unternehmen mit der Konzessionsübernahme vor Ort gemacht haben.

Die Broschüre ist als PDF abrufbar in der Rubrik „Fachinformationen“, „Energie“ unter www.staedtetag.de. Gedruckte Exemplare können bestellt werden unter www.vku.de.

Starke Kommunalfinanzen für eine starke Gesellschaft

Von Dr. Stephan Articus

Geld ist kein Selbstzweck. So selbstverständlich sich dieser Satz anhören mag, so groß ist die Gefahr, dass er in Debatten um die Finanzausstattung der Kommunen in Vergessenheit gerät. Umgekehrt ist aber auch die Gefahr groß, dass übersehen wird: Zur demokratischen, nach dem Willen der Bürgerinnen und Bürger gestalteten Stadt, gehört auch ein solides finanzielles Fundament. Aus kommunaler Sicht sind daher immer zwei Argumentationen gleichzeitig hervorzuheben: Wir müssen sicherstellen, dass die Kommunen ausreichende finanzielle Mittel haben, und wir müssen deutlich machen, wofür die Städte diese Mittel benötigen. Viele Finanzdaten klingen auf den ersten Blick erfreulich: Die kommunalen Einnahmen werden im Jahr 2012 voraussichtlich um 3,3 Prozent auf 189,7 Milliarden Euro steigen. Mit einer Steigerungsrate von 1,7 Prozent fällt der Anstieg der Ausgaben geringer aus als der Anstieg der Einnahmen. Im Ergebnis ist für das Jahr 2012 mit einem Überschuss in Höhe von 2,3 Milliarden Euro zu rechnen.

Aber kann man aus diesen Angaben schließen, dass in den Städten alles im Lot ist? Werden die Städte langfristig ein leistungsfähiges Bildungsangebot und Chancengleichheit sicherstellen können? Haben sie genug Mittel, um ihren gestalterischen Auftrag in der Kulturpolitik zu erfüllen? Werden Sie eine leistungsfähige Infrastruktur vorhalten und allen Bürgern einen Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen garantieren können? Stadtpolitik ist letztlich darauf ausgerichtet, die Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger fortlaufend zu sichern und zu verbessern. Dazu gehört auch attraktive Standortbedingungen für Unternehmen zu schaffen, die die Basis des Wohlstandes sichern.

Jedem sind noch die hitzigen Diskussionen über die Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise auf die öffentlichen Haushalte im Bewusstsein. Es war für die Kommunen klar, dass sie von den Wirkungen nicht verschont bleiben würden, wenngleich das Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes vieles abgefedert hat. Nur hat sich im Vergleich zu früheren Jahren die Anfälligkeit der Kommunen dahingehend verschärft, dass sie auch in konjunkturell normalen Zeiten mittlerweile nicht mehr in der Lage sind, ihre Haushalte auszugleichen oder gar Vorsorge für schlechte Zeiten zu treffen.

Um Beispiele für unterfinanzierte Politikbereiche zu nennen: Der Bedarf an Fördermitteln für den öffentlichen Nahverkehr und den kommunalen Straßenbau liegt inzwischen bei mindestens zwei Milliarden Euro pro Jahr. Das sehen auch die Verkehrsminister der Länder so. Aber es ist immer noch nicht gesichert, dass der Bund seine Zahlungen dem Bedarf anpasst und vor allem die Mittel wie bisher auch in den nächsten Jahren bereitstellt. Die Debatten um den in seiner politischen Zielsetzung unbestrittenen verstärkten Ausbau der Kinderbetreuung sind den meisten präsent. Die Verpflichtung der Länder, zusätzliche Ausgaben der Kommunen auf diesem Feld auszugleichen, ist es weniger. Die Liste steigender Aufgabenbelastungen lässt sich fortsetzen: Die Inklusion aufgrund der UN-Behindertenrechtskonvention führt ebenso zu Mehrausgaben wie die kommunalen Anstrengungen im Rahmen der Energiewende.

Die schwerwiegendste Herausforderung besteht inzwischen darin, dass sich die Probleme nicht über die Gesamtheit der Kommunen verteilen. Vielmehr findet eine Problemballung bei bestimmten Kommunen, insbesondere Großstädten im Strukturwandel, statt. Die immense Belastung durch Sozialausgaben führt regelmäßig dazu, dass andere Leistungen, die nicht gesetzlich vorgeschrieben sind, drastisch eingeschränkt werden müssen. Weil zukunftsorientierte freiwillige Leistungen zu wenig finanziert werden können – wie Integrationsmaßnahmen für Jugendliche, gut ausgestattete Kitas oder ein ausreichendes Angebot an Sprachkursen – können auch langfristig die verpflichtend zu erbringenden Sozialausgaben in den betroffenen Städten kaum sinken.

Deutlich sichtbar werden die Folgen dieser Probleme auch in der Entwicklung der sogenannten kommunalen Kassenkredite, die in etwa dem Dispokredit von Privatpersonen entsprechen. Die Summe dieser Kredite, die zur Finanzierung der laufenden Ausgaben und nicht der Investitionsfinanzierung dienen, ist zum Ende des Jahres 2011 auf mittlerweile 45 Milliarden Euro geklettert. Allein in den ersten drei Monaten dieses Jahres kamen noch einmal 2,8 Milliarden Euro hinzu.

Ein Hoffnungsschimmer zeichnet sich allerdings ab: Bund und Länder haben die Gefahr, die von einer

derartigen Schieflage auf den Zusammenhalt der Gesellschaft ausgeht, offenbar erkannt. In vielen Ländern werden seitens der Landesregierungen Entschuldigungs- und Konsolidierungsfonds zur Rettung besonders gefährdeter Städte aufgelegt. Auch wenn diese Fonds die Ursachen nicht beseitigen können, helfen sie zumindest bei der Dämpfung der Symptome. Auch die Tatsache, dass sich der Bund mittlerweile zu seiner gesamtgesellschaftlichen Verantwortung für einzelne Aufgaben bekennt, stimmt optimistisch – genannt

seien die umgesetzten Entlastungen bei der Grundversicherung im Alter und die Ankündigungen, ein Bundesleistungsgesetz für die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung zu schaffen. Mittlerweile scheint sich die grundlegende Erkenntnis durchzusetzen: Eine starke Gesellschaft braucht starke Kommunen!

Dr. Stephan Articus
Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages

Vom Leben unterm Nischel – Wie Chemnitz sich dem demografischen Wandel stellt. Eine Reportage

Von Jörg Biallas

„Egal“. Diese Antwort auf die Frage nach den Namen der Jugendlichen ist wenig ergiebig, die Begeisterung, ein Gespräch zu führen, offensichtlich überschaubar. Woher sie kommen? „Nu ...“, – mit kurzem u – sagt einer, deutet mit dem Finger nach oben: „... Karl-Marx-Stadt.“ Über ihnen thront der riesige Bronze-Schädel des Mannes, der der sächsischen Stadt zu DDR-Zeiten ihren Namen gab. „Dr Nischel“, wie die Menschen hier sagen, „der Kopf“ also wiegt stattliche 40 Tonnen und ist mit Sockel mehr als 13 Meter hoch. Nach der Wende durfte er an seinem angestammten Platz vor dem Gebäude in der Brückenstraße, das in der DDR den Rat des Bezirkes beherbergte, bleiben. Die Stadt wurde umgetauft. Karl-Marx-Stadt heißt seitdem wieder Chemnitz. Die beiden Jugendlichen sitzen auf dem Boden am Fuße des Denkmals. Was sie so treiben in Chemnitz? „Nix“, und außerdem: „Karl-Marx-Stadt, nicht Chemnitz.“

Wunsch nach Identität

Gewiss, diese Namens-(N)ostalgie mag eine Petitesse sein, begegnet dem Besucher aber immer wieder. Der anfänglichen Vermutung, es könnte sich um politisch motivierte Schwärmerei über verklarte sozialistische Vergangenheit handeln, weicht bald der Überzeugung: Hier spielt der Wunsch nach kontinuierlicher Identität mit. Und vielleicht eine Portion Selbstbewusstsein. Chemnitz – das war über viele Jahre Synonym für eine sterbende ostdeutsche Stadt, zerrissen von unlöslichen DDR-Altlasten und nicht zu erfüllenden Anforderungen der neuen Zeit. Eine Stadt, in der die zahlreichen Industriebetriebe ein Heer von Arbeitslosen hinterlassen haben. Eine Stadt, die früher oder später wehrloses Opfer des demografischen Wandels

werden wird. Eine Stadt, aus der wegzieht, wer irgend kann, und bleibt, wer das Ringen um eine lebenswerte Zukunft verloren hat. Und heute? Heute trumpft Chemnitz stolz mit dem selbst gewählten Namenszusatz „Stadt der Moderne“ auf. Das klingt hochtrabend, ist aber wahr: Viele der städtebaulichen Wunden, die Krieg und Sozialismus hinterlassen haben, sind geheilt oder wenigstens dabei, zu verheilen. Eine Innenstadt, einst so charmant wie ein riesiger, leerer Parkplatz, ist wieder ein Zentrum geworden. Das spätgotische Rathaus, das früher einsam und einem trotzigem, geschichtsträchtigen Bollwerk gleich inmitten sozialistischer Einheitsbauten fremdelte, ist inzwischen eingebettet in manchmal mehr, manchmal weniger gelungene moderne Architektur.

60.000 Einwohner verloren

Im Rathaus residiert Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig. Die SPD-Politikerin war Landtagsabgeordnete und sächsische Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst. Seit 2006 steht sie an der Spitze ihrer Heimatstadt Chemnitz, die allein in den ersten 15 Jahren nach der Wende 60.000 Einwohner verloren hat. „Ein dramatischer Einschnitt“, sagt sie. Heute leben 240.000 Menschen in Chemnitz. 2030 sollen es nur noch 218.000 sein. Dennoch ist der Trend, der Stadt in Scharen den Rücken zu kehren, gestoppt; 2011 wurde mit fast 11.000 Zuzüglern die höchste Zuwanderung seit 1990 registriert. Auch die Geburtenrate zeigt wieder nach oben. Und doch: In den EU-Mitgliedsstaaten soll das Durchschnittsalter bis 2030 auf 45 Jahre steigen. In einigen, wenigen Regionen wird hingegen ein Altersschnitt der Bevölkerung von 48 Jahren erwartet. Darunter auch: Chemnitz.

Eine Chance für die Stadt

„Eine Herausforderung“, sagt Barbara Ludwig. Zahlen, glaubt die 50-jährige Oberbürgermeisterin, seien aber nicht alles: „Entscheidend ist das Bewusstsein, dass die Wende geschafft ist, das Bewusstsein, dass die eigene Leistungsfähigkeit ausreicht, die Dinge zu verändern.“ Gewiss, die Chemnitzer würden älter. Aber: „Junge Menschen kommen zum Studium nach Chemnitz – auch aus den alten Ländern, auch aus dem Ausland.“ Für die Stadt bedeutet das eine Chance, Einwohner zu gewinnen. Das wird aber nur dann gelingen, wenn die Ausbildung an der Technischen Universität (TU) so attraktiv ist, dass Chemnitz Studierende nachhaltig begeistert.

Attraktive Uni

Dafür ist Arnold van Zyl zuständig. Seit fünf Monaten ist der aus Südafrika stammende Professor für Bauingenieurwissenschaften Rektor der TU Chemnitz. „Natürlich“, sagt er gleich zu Beginn des Gesprächs, „ist der demografische Wandel bei uns ein großes Thema.“ Das sei schon daran erkennbar, dass von den derzeit an der TU lehrenden 156 Professoren in fünf Jahren 42 pensioniert sein werden. Der Hochschule stehen folglich personelle Umwälzungen bevor, die eine Verjüngung des Lehrkörpers mit sich bringen.

In der Studentenschaft gilt Chemnitz als attraktiv. „Wir können nicht mit München oder Berlin konkurrieren“, sagt van Zyl. Aber neben den im Vergleich zu Metropolen geringeren Lebenshaltungskosten und fehlenden Studiengebühren lockt eine Vielzahl spannender Lehrangebote in den unterschiedlichsten Fachrichtungen in die sächsische Provinz. Ganz bewusst stellt die TU Chemnitz dabei auch den demografischen Wandel in den Mittelpunkt des Interesses. So gibt es soziologische Forschungsprojekte zum Verhältnis der Generationen, zur Migration in Europa, zur Stadtentwicklung oder zu Entwicklungsprozessen in Partnerschaften im Zeichen einer sich verändernden Gesellschaft.

Im technischen Bereich werden vor allem die Herausforderungen, die der demografische Wandel für die Arbeitswelt mit sich bringt, untersucht. Schillerndstes Beispiel: der in Chemnitz entwickelte sogenannte Alterssimulationsanzug, der das Hören, Fühlen, die Kraft und Beweglichkeit in verschiedenen Altersstufen künstlich erzeugt.

Teil des Erfolges ist darüber hinaus eine enge Kooperation mit der Stadt. „Wir planen, die Universität

baulich noch stärker im Zentrum zu verankern“, sagt van Zyl. Zudem ist vorgesehen, die einzelnen Standorte der Hochschule mit einer neuen Straßenbahnlinie zu verbinden. Stadt und TU versprechen sich davon mehr studentisches Leben in der Innenstadt, das auch damit zu kämpfen hat, dass von den 11.000 Studierenden 7.000 in die Region pendeln.

Weniger Arbeitslose

Die Arbeitslosenquote, aktuell 10,8 Prozent in der Stadt Chemnitz, ist inzwischen ausgesprochen niedrig – und: „Die Zahl der Arbeitslosen wird weiter zurückgehen“, sagt Corinna Wasilkow. Sie ist operative Geschäftsführerin der örtlichen Agentur für Arbeit und glaubt, besonders junge Fachkräfte hätten immer bessere Chancen in der Region. Und die Älteren? „Das ist leider schwieriger.“ Ein Viertel aller Arbeitslosen sei über 55 Jahre. Auch wenn sich da in den vergangenen Jahren einiges getan habe: Die Agentur-Geschäftsführerin wünscht sich bei der Einstellung älterer Arbeitnehmer mehr Flexibilität bei den Arbeitgebern. Klaus Gregor Eichhorn ist Anfang 30, in der Stadt geboren und aufgewachsen. Heute arbeitet er hier als Assistenzarzt, in seiner Freizeit schreibt er und macht Filme. Damit will er dazu beitragen, dass seine Heimatstadt auch für junge Menschen attraktiver wird. Mit ihm sitzen die Studentinnen Ines Knöfel und Sarah Langer im Hof des Alternativen Wohn- und Kulturprojektes „Kompott“ in der Leipziger Straße. Hier renovieren junge Chemnitzer Abriss Häuser, in denen sie dann leben und arbeiten, etwa als Künstler. Was anfangs durchaus nicht konfrontationslos mit der Stadt begann, ist mittlerweile ein mit öffentlichen Mitteln gefördertes Projekt.

Menschliche Herausforderung

Spätestens hier wird klar: Der demografische Wandel ist zuvorderst keine technische, keine bürokratische, sondern eine zutiefst menschliche Herausforderung. Letztlich geht es um Fragen wie diese: Wie wollen die Generationen miteinander leben? Wie kann ein gedeihliches Zusammensein organisiert werden? Wie lässt sich gegenseitige Toleranz vermitteln? Gut beraten ist, wer rechtzeitig nach Antworten sucht. Dann muss niemandem bange sein vor einer schrumpfenden und alternden Gesellschaft – nicht in Chemnitz, nicht anderswo.

Jörg Biallas

Chefredakteur der Zeitung „Das Parlament“, gekürzter Artikel aus „Das Parlament“, Nr. 32–34/2012

Städtische Energien – Wie Bürgerinnen und Bürger Stadt entwickeln

Von Oda Scheibelhuber

Engagement, Kreativität und Innovation sind heute mehr als je zuvor unverzichtbare Energien städtischer Entwicklung. Sie wirken als Treiber der Entwicklung und verändern das Zusammenleben und Wirtschaften sowie die räumliche Entwicklung in der Stadt. Am 11. und 12. Oktober 2012 wird sich in Berlin eine internationale Konferenz, veranstaltet vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung mit der Bauministerkonferenz und dem Deutschen Städtetag sowie dem Deutschen Städte- und Gemeindebund, unter dem bewusst doppeldeutigen Titel mit diesen „Städtische Energien/Urban Energies“ befassen. Es geht zunächst um den Umgang mit dem aktuellen Thema „Energiewende“, den energetischen Umbau des baulichen Bestands und die Strategien zur Klimaanpassung. Daneben werden aber auch die „neuen“ urbanen, die menschlichen Energien diskutiert, ohne die in unseren Städten nichts gedeihen kann.

In der Initiative Nationale Stadtentwicklungspolitik haben wir in den letzten beiden Jahren diese urbanen Energien und das Thema „Teilhabe“ zu einem Schwerpunkt unserer gemeinsamen Arbeit mit den Ländern und Kommunen gemacht. Wir verstehen darunter keinesfalls nur, den Bürger „mitzunehmen“ (eine Formulierung die leicht den missverständlichen Eindruck erweckt, es gehe auf eine Reise, über die er nicht selbst bestimmt hat und deren Ende er nicht kennt). Uns geht es im besten Sinne darum, in der Kooperation zu guten Lösungen zu gelangen, die in gemeinsamer Verantwortung mit hoher Akzeptanz umgesetzt werden können. Wir halten die Zusammenarbeit von Politik, Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern auf der kommunalen Ebene für eine wichtige Säule nicht nur der Stadtentwicklung, sondern der gelebten Demokratie in unseren Städten und Gemeinden.

Bürgerinnen und Bürger wünschen sich eine Gemeinde, die zuhören kann, offen für Anregungen und Kritik ist und die daran interessiert ist, die Kompetenzen der Bürgerschaft als Experten des eigenen Lebensumfeldes einzubinden. Letztendlich muss aber auch klar sein, dass die verbindlichen Entscheidungen durch die gewählten demokratischen Vertreter getroffen (und vorab mit Wissen um die Ergebnisse von Beteiligungsprozessen gut begründet) werden.

Kooperation und Verantwortung: bessere Beteiligung für Stadt und Land

Unser Gemeinwesen benötigt Kooperation und gegenseitige Verantwortung, um die großen Herausforderungen überhaupt zu bewältigen. Wir leben in Zeiten schneller und auch krisenhafter Veränderungen und sind gut beraten, diese Herausforderungen selbstbewusst anzunehmen. Da nun in schwierigeren Zeiten immer mehr Ideen und „Energien“ sowie das Engagement der Bürgerschaft gebraucht wird, ist es auch erforderlich, die Balance zwischen Verwaltung, gewählten Vertretern und bürgerschaftlicher Aktivität neu auszutarieren.

Hier erinnert die Situation sogar an die Einführung der kommunalen Selbstverwaltung in Preußen, die ebenfalls Reaktion auf eine Finanzkrise (des preußischen Staates) war und der Einsicht entsprang, dass in Krisenzeiten alle Kräfte mobilisiert werden müssen. „Belebung des Gemeinschaftsgeistes und des Bürgersinnes, die Benutzung der schlafenden und falsch geleiteten Kräfte und zerstreut liegenden Kenntnisse...“. Wer dieses Zitat von Freiherr vom Stein liest, der sieht Parallelen zwischen dem „preußischen bottom up“ und unserem heutigen Streben nach mehr und besserer Bürgerbeteiligung.

Wir müssen zu einem neuen strukturellen Bündnis für das Gemeinwesen gelangen, das sich aus bürgerschaftlichem Engagement und einer modernen, leistungsfähigen Verwaltung trägt. Gerade die frühzeitige, vollständige, kontinuierliche und – gestatten Sie mir dieses altmodisch klingende Wort – redliche Beteiligung von Bürgern und Betroffenen bei großen und kleineren Projekten ist wichtiger denn je.

Teilhabe in der Stadtentwicklung: vorbildliche Lösungen

Insbesondere die Stadtentwicklung ist ein Gemeinschaftswerk, bei dem alle Akteure mitgestalten sollen. Es geht hier nicht vorrangig um Konkurrenz und Wettbewerb, sondern um die gemeinsame Leistung, die möglichst allen Beteiligten einen Mehrwert bietet. Wir haben es in unserer offenen Gesellschaft mit einer Vielzahl neuer und alter Akteure zu tun, die sich und

ihre Interessen in die Stadtentwicklung einbringen wollen. Dazu wählen sie Formen, die so individuell sind wie sie selbst. Wir können gemeinsam mit den Ländern und besonders den Kommunen positive Rahmenbedingungen für die Teilhabe an den Prozessen der Stadtentwicklung setzen, ein positives, offenes Klima schaffen.

Die gesetzlich vorgegebenen Möglichkeiten, vor allem im Baugesetzbuch, sollten nicht unterschätzt, sondern vielmehr voll genutzt werden. Bei der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Absatz 1 BauGB haben die Gemeinden einen großen Gestaltungsspielraum, den sie umfassend und fantasievoll nutzen können: vom „urban knitting“ oder dem Stadtteilbrunch bis zum Internetdialog, mit dem sie oft ganz neue Gruppierungen erreichen. Schritt für Schritt kann hier eine vertrauensvolle Beteiligungskultur aufgebaut werden, die dem Zusammenhalt und der Projektqualität zugutekommt. Dabei sollte der Hinweis auf die Darstellung „sich wesentlich unterscheidende(r) Lösungen“ zur Diskussion sinnvoller Alternativen durchaus berücksichtigt werden. Ebenso kann die Konfliktbewältigung bereits in diesem Stadium erfolgen, wenn gewünscht sogar mit Hilfe eines externen Moderators (oder Mediators, Ombudsmanns). Auf diese Möglichkeit wird im Rahmen der BauGB-Novelle, die sich zurzeit im parlamentarischen Verfahren befindet, ausdrücklich hingewiesen.

Im Rahmen unserer gemeinsamen Initiative Nationale Stadtentwicklungspolitik haben wir gute Praxiserfahrungen zur Bürgerbeteiligung gesammelt, die wir nun in die Politik und die Prozesse auf den föderalen Ebenen einfließen lassen werden: den „Bürgerstiftungs-Preis der Nationalen Stadtentwicklungspolitik 2011“, bei dem 15 innovative Bürgerstiftungen ausgezeichnet wurden. Bei unserer Konferenz im Oktober werden Jugendliche unter dem Titel „Young Energies“ ihren Ideenreichtum in Filmen, ihre Visionen und konkreten Ansätze zur Zukunft der europäischen Städte präsentieren können. Die Ideen werden in einer Ausstellung auf einem Schiff den Teilnehmenden der Konferenz präsentiert.

Internationale Konferenz: Leipzig-Charta und Memorandum als Verpflichtung

Die Verabschiedung der Leipzig-Charta und die Begründung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik jähren sich aktuell zum fünften Mal und sind Anlass,

am 11. und 12. Oktober 2012 in Berlin die internationale Konferenz „Städtische Energien/Urban Energies“ durchzuführen. Sie konzentriert sich auf die Leitfrage, wie die unterschiedlichen urbanen Energien vor Ort identifiziert, genutzt, gefördert und weiterentwickelt werden können. In den Vorträgen und Diskussionen werden vorbildliche Projekte vorgestellt, die städtische Energien freisetzen konnten. Erwartet werden hochrangige Vertreter aus Planung und Politik, Wissenschaft und Wirtschaft, aber auch die breite Fachszene aus Deutschland und Europa. Als Impulsgeber und Gesprächspartner werden Bürgermeister aus aller Welt ihre Sicht der Probleme und Notwendigkeiten darstellen. In den Zukunftsarenen kann direkt über internationale und nationale Projekte diskutiert werden.

Ein zentrales Produkt der Konferenz soll ein Memorandum mit dem Titel „Städtische Energien – Zukunftsaufgaben der Städte“ sein. Es ist in seinem Entwurf das Ergebnis eines umfassenden und mehrstufigen Kooperations- und Beteiligungsverfahrens mit intensiver kommunaler Beteiligung, das mit dem Ziel auf den Weg gebracht wurde, die aktuellen Schlüsselaufgaben nachhaltiger Stadtentwicklung zu benennen: der behutsame ökologische Umbau von Gebäuden und Quartieren, die technologische Erneuerung der stadttechnischen Infrastrukturen, die Entwicklung einer neuen Mobilität und die gesellschaftliche Integration.

Dass dazu auch soziale und kulturelle Vielfalt, eine Kultur der Offenheit und Toleranz in Städten und Gemeinden gehören, versteht sich von selbst. „Kommunen sind wichtiger als der Staat“ hat der ehemalige Bundespräsident Theodor Heuss einmal gesagt. Diese Aussage hat heute noch einen wahren Kern. Ohne ihre treibende Rolle sind die genannten Herausforderungen jedenfalls nicht zu bewältigen, ohne sie wird es nicht gelingen, Bürger zu motivieren, sich für das Gemeinwesen einzusetzen und dabei ihre wertvolle Kompetenz und ihre Zeit einzubringen.

Der Kongress im Oktober wird die besondere Rolle der Kommunen unterstreichen. Wir hoffen auf Ihre Teilnahme.

Oda Scheibelhuber,
Abteilungsleiterin im Bundesministerium
für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Wann ist ein Geldinstitut gut für Deutschland?

Wenn es Investitionen ermöglicht,
die sich für die Umwelt rentieren.



Sparkassen fördern den Wachstumsmarkt Umwelt. Mit ihren Finanzierungs- und Beratungsangeboten unterstützen sie den Ausbau innovativer Klimaschutztechnologien. Gemeinsam mit ihren Kunden tragen sie so zu einer erfolgreichen Energiewende in Deutschland bei. Das ist gut für die Wirtschaft und gut für die Umwelt. www.gut-fuer-deutschland.de

Köln, Leipzig, Potsdam, Wuppertal: DICI – Diskriminierung in Städten

„Discrimination in Cities: Achieving Change Through Cooperation“ ist ein durch die EU-Kommission kofinanziertes Projekt, welches das Bewusstsein für ethnische Diskriminierung verstärkt schärfen will. An dem Projekt sind je vier Städte aus Deutschland: Köln, Leipzig, Potsdam, Wuppertal und Italien: Turin, Padua, Prato und Ragusa mit unterschiedlichen Akteuren beteiligt.

Die Städte sollen in ihrer aktiven Rolle bei der Bekämpfung der Diskriminierung gefördert werden. Lokale Initiativen in den Städten spielen dabei eine wichtige Rolle. Zudem seien der direkte Austausch von Erfahrungen und Ideen zwischen den teilnehmenden Akteuren wichtig, um Strategien gegen diskriminierende Strömungen zu entwickeln. Der Deutsche Städtetag unterstützt das Projekt. Weitere Informationen zu dem Projekt, den teilnehmenden Städten und best practice sind zu erfahren unter www.di-ci.eu.

Bonn, Bremen, Frankfurt, Hagen und Stuttgart beim World Urban Forum

Das 6. World Urban Forum der Vereinten Nationen fand unter dem Dachthema „The Urban Future“ Anfang September in Neapel statt. Die deutsche kommunale Erfahrung und Städte als zentrale Akteure der internationalen Zusammenarbeit in der Stadtentwicklung präsentierten der Deutsche Städtetag, die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt und die Städte Hagen, Bonn, Bremen mit seinem südafrikanischen Partner Durban, Stuttgart und Frankfurt.

Beispielsweise wurden Netzwerke deutscher Städte mit Städten aus Partnerländern präsentiert. Im Mittelpunkt steht hier die Zusammenarbeit von Akteuren aus Kommunalpolitik und -verwaltung aus deutschen und nordafrikanischen Städten, die in der Region Maghreb im Bereich der Daseinsvorsorge kooperieren. Im Rahmen des UN-Habitat Programms präsentierten sich Bremen und Frankfurt.

Lörrach: Graffiti unter der Autobahn

Aus einer Initiative des lokalen Jugendparlaments hat sich innerhalb von drei Jahren die Bridge-Gallery Lörrach entwickelt: Auf einer Länge von 1,3 Kilometern wächst an 20 Meter hohen Betonpfeilern eine der größten Freiluft-Galerien für legale Graffiti, die überregional ausstrahlt. Das Projekt bündelt Aktivitäten aus der Sozialarbeit, der Kunst- und Kulturförderung, der Bürgerbeteiligung und der Berufsvorbereitung. Zudem sind die Anzeigen wegen Spray-Vandalismus deutlich zurückgegangen.

Das Buch „Graffiti unter der Autobahn“ von Kai Hendrik Schlusche dokumentiert Konzept und Umsetzung der Bridge-Gallery und zeigt auf 230 Bildern Beispiele der freizugänglichen StreetArt. Es ist zum Preis von 19,80 Euro im Verlag Waldemar Lutz erschienen, ISBN 978-3-922107-91-0. Weitere Informationen unter www.bridge-gallery.de.

Göttingen und Dessau-Roßlau: Gewinner Papieratlas 2012

Im Papieratlas-Städtewettbewerb 2012 setzt sich Göttingen als „Recyclingpapierfreundlichste Stadt Deutschlands“ durch, die erstmals ausschließlich Recyclingpapier in Verwaltung und Schulen verwendet. Als „Beste der Besten“ wurden Essen, Bonn und Freiburg ausgezeichnet, die ihre Spitzenleistungen des Vorjahres wiederholten. In der Kategorie „höchste Steigerungsrate“ erhält Dessau-Roßlau den Titel „Aufsteiger des Jahres“. Den positiven Wettbewerbseffekt des Papieratlas stellte Christian Ude, Präsident des Deutschen Städtetages heraus: „Es freut mich sehr, dass die Kommunen den Papieratlas zum Anlass nehmen, sich in positiver Weise untereinander zu messen und so ihre Potenziale für mehr Nachhaltigkeit in den eigenen Verwaltungen bereits in hohem Maße nutzen.“ Der Papieratlas 2012 hat die Angaben von 86 Städten zum Papierverbrauch und den Einsatzquoten von Recyclingpapier ausgewertet. Weitere Informationen unter www.papiernetz.de.

Tilgungszuschüsse der KfW für energetische Gebäudesanierung

Die KfW finanziert in dem Förderprogramm „Energieeffizient sanieren – Kommunen“ mit aktuell 0,10 Prozent p.a. effektiv für 10 Jahre Zinsbindung und bis zu 20 Jahre Laufzeit bzw. 0,15 Prozent p.a. effektiv für bis zu 30 Jahre Laufzeit die energetische Sanierung kommunaler und sozialer Nichtwohngebäude (Programm-Nr. 218). Es können auch energetische Einzelmaßnahmen finanziert werden. Seit dem 1. September wurden zudem neue Effizienzhausstufen eingeführt sowie Tilgungszuschüsse für alle Effizienzhausstandards. Der Tilgungszuschuss kann bis zu 12,5 Prozent des Zinsbetrages (KfW-Effizienzhaus 55) gewährt werden.

Die neuen Effizienzhausstufen und Tilgungszuschüsse werden künftig in gleicher Weise auch in dem neuen KfW-Förderprogramm für kommunale Unternehmen „Energieeffizient sanieren – Kommunale Unternehmen“ (Programm-Nr. 219) Anwendung finden. Ausführliche Informationen zur KfW-Förderung für Kommunen und kommunale Unternehmen finden Sie auf der Internetseite unter www.kfw.de/infrastruktur.

Wettbewerb sucht Ideen für neue Nachbarschaft

Die Montag Stiftung Urbane Räume aus Bonn sucht Projekte, die sich besonders für ihre Nachbarschaft engagieren, um diese zu unterstützen. Der Preis ist mit insgesamt 100.000 Euro dotiert. Ausgezeichnet werden Ideen für ein besseres Zusammenleben in Stadt- und Ortsteilen, die sich mit folgenden Fragen auseinandersetzen: Wie wird ein Wohnumfeld zu einem Ort, an dem man gerne lebt? Wie sichert man die Nahversorgung? Wie kann man gewachsene Bewohnerstrukturen erhalten? Gefragt sind Initiativen der Bewohnerinnen und Bewohner, neue Nachbarschaften, die Verantwortung für das Miteinander vor Ort übernehmen wollen. Bewerben können sich alle, die mit ihren Projekten versuchen, die Geschicke ihres Viertels selbst in die Hand zu nehmen. Es können bestehende Projekte, noch nicht umgesetzte Konzepte oder auch Ideen eingereicht werden. Bewerbungsschluss ist der 31. Dezember 2012. Mehr Informationen und die Möglichkeit zur Bewerbung finden Sie unter www.neue-nachbarschaft.de.

IMI-System erleichtert Zusammenarbeit der Verwaltungen in Europa

Das Binnenmarkt-Informationssystem IMI ist eine Online-Anwendung, die es Behörden ermöglicht, schnell und einfach mit Verwaltungen im Ausland zu kommunizieren. Entwickelt wurde es von der Europäischen Kommission und deren Mitgliedsstaaten.

IMI soll helfen, praktische Hindernisse zu überwinden, die sich aus den unterschiedlichen Verwaltungs- und Arbeitsabläufen und den verschiedenen Sprachen ergeben. Das System hilft Behörden, den richtigen Ansprechpartner in einem anderen Land zu finden und erleichtert die Kommunikation mithilfe vorübersetzter Standardfragen und -antworten. Zusätzlich können sich nationale oder regionale IMI-Koordinatoren einschalten.

Nachdem deutsche Behörden das System in einer Pilotphase testen konnten, soll IMI verpflichtend für die bis 25. Oktober 2013 umzusetzende Patientenrechte-Richtlinie eingeführt werden. Weitergehende Informationen finden Sie auf der Webseite der EU-Kommission <http://ec.europa.eu>.

Europäische Woche der lokalen Demokratie

Die Europäische Woche der lokalen Demokratie (EWLD) vom 15. bis 21. Oktober 2012 ist eine Initiative, die vom Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE) koordiniert wird. Neben Bürgern und Vereinen richtet sich die Woche insbesondere an Jugend- und Kinderparlamente.

„Menschenrechte für einen stärkeren Zusammenhalt in unseren Gemeinden“ ist das Leitthema für dieses Jahr. Ziel ist es, unterschiedliche Aspekte der Menschenrechte zu beleuchten und den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen für sozial Benachteiligte zu thematisieren.

Auf der neuen EWLD-Internetplattform, die seit August online ist, haben Kommunen auch die Möglichkeit, eigene Aktivitäten zu präsentieren und damit ihr europäisches Engagement sichtbar zu machen. Weitere Informationen unter <http://www.coe.int/demoweeek>.

Neuwahl



Der Merziger Oberbürgermeister **Dr. Alfons Lauer** (SPD) wurde in einer Mitgliederversammlung am 12. September für die nächsten zwei Jahre zum neuen Präsidenten des Saarländischen Städte- und Gemeindetages gewählt. Der 55-jährige promovierte Jurist, der seit 1994 an der Spitze der

Kreisstadt Merzig steht, tritt sein Amt am 1. Oktober 2012 an. Stellvertretender Präsident bleibt Völklingens Oberbürgermeister Klaus Lorig.

Todesfall



Josef Vosen, langjähriger Bürgermeister der Stadt Düren, ist am 21. August im Alter von 69 Jahren verstorben. Der Sozialdemokrat war von 1984 bis 1998 ehrenamtlicher Bürgermeister und bis 1999 erster hauptamtlicher Bürgermeister der Stadt Düren. Als Bundestagsabgeordneter engagierte

er sich beispielsweise als Mitglied des Auswärtigen Ausschusses. Für seine Verdienste in der Integrationspolitik und Stadtentwicklung war er in diesem Jahr zum Ehrenbürger der Stadt Düren ernannt worden.

Ehrung



Die langjährige Präsidentin des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeisterin der Stadt Frankfurt am Main, **Dr. h. c. Petra Roth**, wurde mit dem Konrad-Adenauer-Preis der Stadt Köln geehrt. Oberbürgermeister Jürgen Roters überreichte ihr am 6. September die Auszeichnung bei einem Fest-

akt im Rathaus. Sie habe für ein neues Verständnis von Kommunalpolitik geworben und den deutschen Kommunen eine Stimme gegeben, die auch auf Bundesebene wahrgenommen werde. In seiner Laudatio bezeichnete der Präsident des Deutschen Städtetages Christian Ude die von 1995 bis Juni 2012 in Frankfurt amtierende Oberbürgermeisterin als Inbegriff eines erfolgreichen Stadtoberhauptes. Er stellte ihre beispielhafte Arbeit für Integration in den Bereichen Gesundheit, Religionen und Migranten in den Mittelpunkt und lobte Roth als engagierte Europäerin.

Geburtstag

Der ehemalige Präsident des Deutschen Städtetages, **Walter Wallmann**, ist am 24. September 80 Jahre alt geworden. Er war von 1977 bis 1986 Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main. Der Christdemokrat war von 1985 bis 1986 Präsident des Deutschen Städtetages und engagierte sich beispielsweise für verbesserte deutsch-israelische Beziehungen und Städtepartnerschaften.

Gemeindefinanzbericht 2012 des Deutschen Städtetages erscheint

Der Gemeindefinanzbericht 2012 des Deutschen Städtetages erscheint in Kürze und steht unter dem Motto „Stabile Stadtfinanzen – nur mit Bund und Ländern“. Zentrale Zahlen und Fakten zur Entwicklung der kommunalen Finanzlage, Auswirkungen der Staatsschuldenkrise für die Kommunen, die Reform der Grundsteuer sowie die Konsolidierungsprogramme der Länder sind einige Schwerpunktthemen.

Ausgewählte Tabellen und Informationen werden als PDF abrufbar sein. Der Gemeindefinanzbericht 2012 kann zum Preis von 15,00 Euro zzgl. Versand beim Deutschen Städtetag bestellt werden in der Rubrik „Publikationen“, „Gemeindefinanzbericht“ unter www.staedtetag.de.

Schlaglichter aus dem Gemeindefinanzbericht 2012 werden zeitgleich in einer kostenfreien Broschüre zusammengefasst, die in der Reihe „Beiträge des Deutschen Städtetages zur Stadtpolitik“ als Band 97 erscheint. Gedruckte Exemplare sowie das PDF der Broschüre können in Kürze abgerufen werden in der Rubrik „Publikationen“ unter www.staedtetag.de.

Sparen ist gut
für den Haushalt.



Clever finanzieren
ist besser.

HVB Public Sector

Ganz klar – in kommunalen Haushalten muss gespart werden. Um aber langfristige Nutzeffekte zu erzielen, brauchen Sie Spezialisten, die mit Ihnen einen cleveren Wachstumsplan erarbeiten. Ihr Public Sector Berater der HVB ist dafür genau der Richtige.

Mehr zu Wachstumslösungen unter
www.hvb.de/publicsector

Das Leben ist voller Höhen
und Tiefen. Wir sind für Sie da.



Willkommen bei der
HypoVereinsbank

Member of  **UniCredit**

Bildung

„Bildung gemeinsam verantworten“

Bildungskongress des Deutschen Städtetages
und der Stadt München

8. bis 9. November 2012 in München

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de/veranstaltungen

Soziales

Familiengerechtigkeit: Ein harter Standortfaktor – Strategische Kooperation an der Schnittstelle von Kommune und Unternehmen

Veranstaltung des Vereins Familiengerechte Kommune e.V.
in Zusammenarbeit mit Deutscher Städtetag,
Deutscher Städte- und Gemeindebund und der Stadt Nürnberg
23. November 2012 in Nürnberg

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

Gesundheit

Wenn aus Spaß Ernst wird –

Exzessive und pathologische Computerspiel- und Internetnutzung

Jahrestagung der Drogenbeauftragten der Bundesregierung
9. Oktober 2012 in Berlin

Weitere Informationen unter www.drogenbeauftragte.de

Stadtentwicklung

Städtische Energien

Internationaler Kongress des BMVBS, der Bauministerkonferenz,
des Deutschen Städtetages und des DStGB
11. bis 12. Oktober 2012 in Berlin

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

Umwelt

5. Kommunalkongress „Mit der Energiewende kommunale Zukunft gestalten“

mit Preisverleihung zum Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz 2012“
Veranstaltung des BMU, der Servicestelle „Kommunaler Klimaschutz“
und den kommunalen Spitzenverbänden
7. bis 8. November 2012 in Berlin

Weitere Informationen unter www.kommunaler-klimaschutz.de

Wirtschaft

Forum deutscher Wirtschaftsförderer: Standortfaktoren der Zukunft – Wie stellt sich die Wirtschaftsförderung auf?

15. bis 16. November 2012 in Berlin

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

Organisation

„Bewerten und Bewertet-Werden. Wirkungskontrolle und Leistungssicherung in der öffentlichen Verwaltung“

19. bis 20. Oktober 2012 in Speyer

Weitere Informationen unter www.deutschesektion-iias.de

ISSN: 2193-5491

Berlin/Köln, September 2012

Herausgeber: Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1, 10117 Berlin, Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18-32, 50670 Köln, Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag.de, Internet: www.staedtetag.de

Geschäftsführendes Präsidialmitglied Dr. Stephan Articus

Verantwortlich: Volker Bästlein, Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Daniela Schönwälder

Gestaltung: Elke Postler Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs, Medeya Kommunikation, Bad Honnef,

Telefon: 022 24/902 1-21, Fax: 022 24/902 1-23, E-Mail: diederichs@medeya.de